

Absender:

Datum:

Amtsgericht:
- Vollstreckungsgericht -

Antrag auf Erhöhung des unpfändbaren Betrages gem. § 850 f ZPO

Geschäftsnummer:

(Aktenzeichen des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses)


sowie:

Sehr geehrte Damen und Herren,

meinem Arbeitgeber/Sozialleistungsträger
liegt ein vom
erwirkter Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vor.

(Drittschuldner)
(Gläubiger)

Durch die Pfändung meines Arbeitslohnes/meiner Sozialleistung gem. der Pfändungsgrenze nach § 850 c ZPO ist mein Lebensunterhalt/bzw. der meiner Familie nicht mehr gewährleistet. Wie Sie der beigefügten Berechnung entnehmen können, beträgt mein notwendiger Lebensunterhalt im Monat €.

Ich beantrage daher, mir gem. § 850 f ZPO einen zusätzlichen pfändungsfreien Betrag in Höhe der Differenz zwischen dem notwendigen Lebensunterhalt nach SGB II/XII und dem unpfändbaren Einkommen nach § 850 c ZPO zu belassen. Gleichzeitig beantrage ich bis zur Entscheidung die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung (gem. §§ 766 Abs. 1 Satz 2, 732 Abs. 2 ZPO analog).

Mit freundlichen Grüßen

(Ort, Datum, Unterschrift)


Anlagen: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss, Einkommensnachweise, Nachweise über die notwendigen Ausgaben